

Ein Mahnmal reicht nicht

Bezirkstagspräsident Josef Mederer fordert einen offenen Umgang mit den Patientenmorden während der NS-Zeit

INTERVIEW: BERNHARD LOHR

Der Bezirk Oberbayern kümmert sich um vieles, was Oberbayern ausmacht: in der Kultur, der Heimatpflege, der Umwelt und der Bildung. Seine Hauptaufgaben liegen aber im Sozialen, in der Behindertenhilfe und in der Versorgung psychisch Kranker. Josef Mederer, 69, erlebte einst als ehrenamtlicher Rotkreuzhelfer im Rettungswagen, wie Patienten ohne Not unter Zwang in die Psychiatrie eingeliefert wurden. Als Bezirkstagspräsident will er die Psychiatrie entstigmatisieren und verordnet dem Bezirk einen offenen Umgang mit den Patientenmorden während der NS-Zeit.

SZ: Herr Mederer, Sie haben vor einem Jahr gesagt, Sie wollten aktiv die Patientenmorde aufarbeiten und haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Wieso erst so spät?

Josef Mederer: Das ist immer schwer zu sagen. Auch das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz bekommen wir erst heute. Manche Dinge müssen reifen, das Bewusstsein muss entstehen. Es ist ja nicht so, dass sich der Bezirk mit dem Thema nicht schon intensiv beschäftigt hätte, aber halt nicht in einem Gesamtkonzept, sondern mit vielen Einzelaktionen. Ich kann für uns schon sagen: Wir gehen mit dem Thema NS-Zeit engagiert um. Man wird von der Vergangenheit eingeholt, wenn man sie nicht aufarbeitet.

Sie waren früher Bürgermeister der Gemeinde Schwabhausen im Landkreis Dachau. Sie haben in Dachau erlebt, wie schwer es war, die KZ-Gedenkstätte als Lernort zu etablieren. Hat Sie das geprägt?

Absolut. Ich habe in meiner Tätigkeit für das Bayerische Rote Kreuz vor vielen Jahren mehrfach junge Besucher aus Israel in der Gedenkstätte begleitet. Eine bleibende Erinnerung ist für mich, wie diese in Dachau ankamen als junge, lebensfrohe Menschen, und wie sie tief betroffen die Gedenkstätte verließen. Damals habe ich mir gesagt, ich möchte etwas tun und die Erinnerung an das Geschehene wachhalten.

Sie haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Was hat die bisher geleistet?

Wir haben erst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht, welche Aktionen in unseren Krankenhäusern schon laufen. Eine Frage, die uns umgetrieben hat, ist die mögliche Umbenennung der Von-Braunmühl-Straße in Haar. Es geht aber auch beispielsweise darum, wie wir in unseren Psychiatriemuseen in Haar und Wasserburg die „Euthanasie“-Morde stärker in den Kontext der Psychiatriegeschichte einbetten können.

Anton Edler von Braunmühl war während der NS-Zeit Arzt im führenden Krankenhaus in Eglfing-Haar, als viele Menschen getötet wurden. Nach dem Krieg war er bis zu seinem Tod 1957 Ärztlicher Direktor. 1976 wurde eine Straße nach ihm benannt. Nach einer Schuld fragte keiner.

Wir haben lange recherchiert. Es gab und gibt kein deutliches Bild, kein Schwarz oder Weiß, was eine nachweisbare Schuld betrifft. Aber es beschleicht uns großes Unbehagen, eine Straße nach ihm benannt zu wissen. Ein Vorbild ist er sicherlich nicht. Deshalb die Initiative von uns.

Vor kurzem wurde das Gedenkbuch für die Münchner „Euthanasie“-Opfer veröffentlicht. Sie haben sich beteiligt. Ja, das war eine Selbstverständlichkeit. Wir sind Mitherausgeber. Aber wir wollen mehr. Wir wollen ergänzend ein Gedenkbuch für die Opfer aus ganz Oberbayern auflegen. Das hat am 11. Juli der Kulturausschuss des Bezirks entschieden. Und ich habe eine Leitbilddiskussion angestoßen.

„Wir können nicht alles zum Museum machen.“

Hat der Bezirk nicht ein Leitbild?

Natürlich haben auch die Kliniken Leitbilder und einen Kodex. Doch zu dem wichtigen Thema des Umgangs mit psychisch Kranken und zur Erinnerungskultur haben wir keine Grundaussage. Das möchte ich formuliert haben. Es soll nicht mit einem Denkmal oder einem Mahnmal erledigt sein. Wir wollen in die Zukunft hineinwirken.

Ihnen geht es um respektvollen Umgang mit Patienten?

Ja. Aber mir geht es nicht nur um die Kliniken. Einer der abstoßendsten Nazi-Verbrecher, Christian Weber, stand der Vorläuferorganisation des heutigen Bezirks vor. Er war einer meiner Vorgänger. Wir brauchen ein Leitbild, das sich speziell des Themas der „Euthanasie“-Morde annimmt. Ich will da aber den gesamten Bezirk sehen, mit seiner Kulturarbeit, seinen Kliniken und allen Institutionen.

Historiker sagen, dass die Klinik Eglfing-Haar in der NS-Zeit der Tatort mit der zweithöchsten Opferzahl in Bayern war, nach dem Konzentrationslager Dachau. Da muss man vorsichtig sein. Wer in Zuge der sogenannten T4-Aktion in Tötungsanstalten gebracht wurde, der wurde

ermordet. Das ist klar. Aber inwieweit jemand in der Klinik selbst ermordet wurde durch Hungerkost oder gezielte Vernachlässigung, ist im Einzelfall schwer zu klären. Das macht alles kompliziert. Die Autoren des Münchner Gedenkbuchs haben diese Trennung versucht. Wir müssen überlegen, wie wir allen Verstorbenen und Opfern würdig im Gedenken gerecht werden.

Das halbe Klinikareal in Eglfing-Haar wurde verkauft. Wo Klinik war und in der NS-Zeit Patienten starben, ziehen jetzt Bewohner ein. Kann das ein normales Wohngebiet werden?

Ich frage mich, ob ich direkt am Gebäude daran erinnern muss, was dort geschehen ist. Wir können nicht alles zum Museum machen. Dann habe ich für die zukünftigen Bewohner immer ein Negativum. Mir schwebt etwas anderes vor: dass wir auf dem Gelände zeigen – wir haben von 1922 bis 2018 Psychiatrie in diesem Gelände gehabt. Und in einer Zeit von 1933 bis 1945 ist hier Schreckliches passiert. Als erstes wird nun die Skulptur „Restlicht“ des Künstlers Werner Mally aufgestellt, die derzeit vor dem Haarer Rathaus steht.

Es soll eine Gedenkstätte entstehen.

Da gibt es noch keine Entscheidung, aber in die Richtung sollte es gehen. Der Bewohner soll jedenfalls wissen, was dort früher war. Und wir wollen den Bogen spannen vom aufgelassenen Klinikareal zur weiter bestehenden, benachbarten Klinik. Dazu brauchen wir kreative Leute, die uns zeigen, wie man das macht.

Sie treffen in Dachau Überlebende des Holocausts und jetzt auch Angehörige von Patienten, die in Eglfing-Haar ermordet wurden. Wie erleben Sie das?

Es ist immer erschütternd. Man muss mit den Leuten reden und ein Gefühl dafür entwickeln, was Schreckliches passiert ist. Nichts tabuisieren, nichts schönreden. Ich fühle mich nicht verantwortlich für die Taten, aber für die Aufarbeitung der Geschichte. Das ist eine große Verantwortung, die nehme ich ernst.



„Man wird von der Vergangenheit eingeholt, wenn man sie nicht aufarbeitet“, sagt Bezirkstagspräsident Josef Mederer (CSU). FOTO: ANDREAS GEBERT/IDPA

Was heißt das?

Die Schüler in unseren Krankenpflegeschulen sollen unsere Präambel kennenlernen und wissen, wie wir uns die Arbeit mit psychisch kranken Menschen vorstellen. Wir wollen unsere Schüler zur Gedenkstätte in Dachau bringen, auch unsere Psychiatriemuseen in Haar und Wasserburg können bei der Aufarbeitung der Geschichte helfen. Dies geschieht zum Teil bereits heute, aber nicht umfassend. Das Gedenkbuch wird mindestens jeder Bezirkskarat bekommen, jede Führungskraft beim Bezirk. Das ist ein Muss, das gehört zur politischen Verantwortung, dass man das lebt.

Was wollen Sie bewirken?

Wir erleben gerade, wie schnell es geht, dass Menschen wieder diffamiert werden, wegen ihres Andersseins. Mich macht betroffen, dass es wieder zu Fällen von Antisemitismus kommt. Und ich halte es für einen ungeheuerlichen Vorgang, dass Politiker der AfD in einer Bundestagsanfrage einen angeblichen Anstieg der Zahl von Behinderungen und bestimmten Krankheiten mit der Zuwanderung in Verbindung setzen. Dem gilt es entgegenzuwirken.

Vor kurzem hat die Staatsregierung in Verbindung mit dem Psychisch-Kranken-Hilfegesetz auf eine Unterbringungsdati gepocht.

Das wurde vollends verworfen. Ich bin mit der jetzt getroffenen Vereinbarung sehr zufrieden. Das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz, in dem der Krisendienst und die Unterbringung neu geregelt werden, haben wir Bezirke mitinitiiert. Das ist ein großer Schritt.

Psychisch Kranke wurden früher stigmatisiert. Da hat sich etwas gebessert. Was kann der Bezirk dazu beitragen?

Erkrankungen der Psyche sollen nicht anders wahrgenommen werden als andere Krankheiten. Wir unterstützen das mit einer Regionalisierung der Angebote. Wir haben in allen Landkreisen sozialpsychiatrische Dienste geschaffen. Dann haben wir nahezu in jedem Landkreis eine psychiatrische Institutsambulanz, also eine Notfallbehandlung; dazu Tageskliniken. Neu ist der oberbayernweite Krisendienst Psychiatrie. Auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie kommen wir voran. Wir brauchen flächendeckende Angebote. Und wir sind da ziemlich weit. So etwas gab es noch nie.